

Pressekonferenz zu S21

Bevor die Bürgerinnen und Bürger am 27. November an die Wahlurne schreiten, hat das Reutlinger Bündnis „JA zum Ausstieg“ eine Pressekonferenz abgehalten. Hierbei haben viele Gruppen sowie zivilgesellschaftliche Organisationen ihre Beweggründe vorgetragen und auf die Risiken und Nachteile von S21 hingewiesen.

Aktionsbündnis, BUND, Kreistagsfraktion, Unternehmer gegen S21, VCD, MdB, MdL, Grüne Jugend, ÖDP und sogar SPD-Mitglieder – auch in Reutlingen hat sich ein breites Bündnis formiert, um die Menschen vom „JA“ zu überzeugen. Die vielen verschiedenen Akteure machen vor allem deutlich, dass es in erster Linie engagierte Bürgerinnen und Bürger sind, die sich ehrenamtlich einbringen. Hier ist eine aktive Bewegung zum Volksentscheid entstanden, die zudem von prominenten VertreterInnen unterstützt wird.

Uns liegt es besonders am Herzen mit den zahlreichen Lügen und Gerüchten aufzuräumen, die rund um die Leistungsfähigkeit von Stuttgart 21 verbreitet werden. Außerdem wollen wir zahlreiche gute Gründe für den Ausstieg genauer erklären.

Mir persönlich waren zwei Aspekte bei der Pressekonferenz besonders wichtig. So wird derzeit in der Öffentlichkeit behauptet, dass die Neubaustrecke nach Ulm von S21 abhängt. Und Bahnchef Grube versteigt sich sogar in die Behauptung, dass er die Neubaustrecke ohne S21 nicht bauen würde. Beides ist falsch! Die Neubaustrecke ist unabhängig von S21 konzipiert und beschlossen – und zwar vom Bundestag. Deshalb fehlt auch dem Bahnchef jegliche Legitimation für solche Äußerungen. Der Bundestag hat die Neubaustrecke beschlossen und der Bahnchef – als Angestellter der Bundesrepublik Deutschland – hat diesen Beschluss auszuführen. Ausführlich kann dies in meinem Leserbrief nachgelesen werden.

Mein zweites Fazit ist: Baden-Württemberg zahlt einen hohen Preis für Stuttgart 21. Denn die Mittel für Stuttgart 21 fließen nicht zusätzlich – sie werden von anderen wichtigen Projekten abgezogen. Dies zeigt der Investitionsrahmenplan 2011 bis 2015. Dort ist nachzulesen, dass beispielsweise für das wichtigste europäische Schienen-Ausbauprojekt 685 Mio. Euro zur Verfügung stehen – es fehlen 3,2 Mrd. Euro. Andere Schienenprojekte, die zuvor im Investitionsrahmenplan enthalten waren, wurde gestrichen – so der Ausbau der Südbahn, der Gäubahn, die Ausbaustrecke Kehl-Appenweiher und ebenso der Umbau des Knotens Mannheim. Es fehlen also die Mittel, um die wirklich drängenden Probleme im Schienenverkehr endlich anzugehen.

Weitere Argumente wurden bei der Pressekonferenz ausgeführt. So sind große Teile auf den Fildern nach wie vor nicht ausreichend durchgeplant, der Kostendeckel ist schon vor den schwierigen Bauarbeiten fast erreicht und auch das zu erwartende Nadelöhr in der eingleisigen Wendlinger Kurve ist noch lange nicht vom Tisch. Ungeklärte Fragen und absurd errechnete Ausstiegskosten von 1,5 Milliarden Euro stiften Verunsicherung. Man muss jedoch klar unterscheiden zwischen tatsächlichen Kosten – die bei 350 Millionen Euro liegen – und etwaigen Entschädigungsansprüchen.

Gerade für unsere Region bringt Stuttgart 21 keine Vorteile – im Gegenteil: Nahverkehrszüge aus unserer Richtung werden bei der eingleisig geplanten Einfädelung des regionalen Bahnverkehrs in die Schnellbahnstrecke auf schnellere Züge warten müssen. Schon jetzt sind Verspätungen also vorprogrammiert. Zudem rückt eine zügige Umsetzung der so wichtigen Regionalstadtbahn durch das Milliardengrab Stuttgart 21 in weite Ferne.

Baden-Württemberg und auch die Region Reutlingen zahlen einen hohen Preis für Stuttgart 21.